

»Krasser Verstoß gegen die Zivilklausel«

Hochschule und Uni Bremen: Widerstand gegen Kooperation mit der Bundeswehr wächst

Der Protest gegen den Beschluss des Akademischen Senats der Hochschule Bremen, zum Wintersemester eine Kooperation mit der Bundeswehr beim Frauenstudiengang Informatik zu beginnen und neun Studienplätze für Soldatinnen bereitzustellen, weitet sich aus. Den »Aufruf zum Erhalt der Hochschulzivilklausel in Bremen«, veröffentlicht vor einem Monat (jW berichtete am 31. August), haben inzwischen 125 Personen, darunter 60 Wissenschaftler der Universität und der Hochschule Bremen, unterschrieben.

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) hatte die Sitzung des Akademischen Senats, auf der Ende April die Kooperation mit der Bundeswehr beschlossen worden war, boykottiert, ohne aber letzten Endes den Beschluss verhindern zu können. 30 bis 40 Studierende waren damals mit Plakaten, Trillerpfeifen und einer Musikanlage in die Sitzung gekommen. Auf verteilten Aufklebern im bekannten Bundeswehr-Flecktarn-Design hieß

es: »Wir bilden zum Töten aus«, unterschrieben von der fiktiven »University for Applied Militarism«. Die Jusos Bremen kritisieren die Kooperationspläne ebenfalls »auf das Schärfste«. Die Linksfraktion in der Bürgerschaft brachte einen Entschließungsantrag für eine Bekräftigung der Zivilklausel und mit der Forderung nach Annullierung der Kooperation ein. Bereits jahrelang tätige Lehrbeauftragte für Informatik haben dem Studiengang ihre Mitarbeit aufgekündigt. Das Forum Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF) hat sich mit den Lehrbeauftragten solidarisiert und die Kooperation mit der Bundeswehr als einen »krassen Verstoß gegen die Zivilklausel« angeprangert. Hans-Jörg Kreowski vom FIFF erklärte auf der Website des Forums, er sehe »einen direkten Zusammenhang mit den Plänen der Bundesregierung, neben Heer, Marine und Luftwaffe einen neuen militärischen Organisationsbereich für den Cyber- und Informationsraum (CIR) aufzustellen«. Der Aufruf wird

auf dem »World Peace Congress«, der vom 30. September bis 3. Oktober an der TU Berlin stattfindet, diskutiert werden.

Am Dienstag schlug die Initiative Zivilklausel zusammen mit dem AStA der Hochschule Bremen auf einer Pressekonzferenz vor, Konsequenzen zu ziehen. In einer »zweiten Ausbaustufe« sollen bis Mitte März 2017 »friedenspolitische Forschungs-, Lehr- und Studienkonzepte« entworfen, anschließend in Hochschule und Öffentlichkeit diskutiert und im Jahr 2018 durch die Bremische Bürgerschaft verabschiedet werden.

Die Rektorin der Hochschule Bremen und die Senatorin für Bildung weisen die Kritik an ihrer Entscheidung, mit der Bundeswehr inhaltlich und finanziell zu kooperieren, weiterhin zurück. Die Zivilklausel würde gelten, aber bei dieser Kooperation würden Lehrinhalte nicht berührt. Da der betroffene Frauenstudiengang Informatik seit langem wegen Bewerberinnenmangel in Schwierigkeiten

steckt, soll er sozusagen mit militärischen Mitteln gerettet werden.

Die Verpflichtung von Lehre und Forschung auf friedliche Ziele hat in Bremen eine lange Tradition. Trotzdem ist die Zivilklausel löchrig wie ein Schweizer Käse. Das Studium von zukünftigen Offizierinnen, finanziert und ausgewählt allein von der Bundeswehr, ist dabei nur das jüngste Beispiel. So wurde z. B. eine Stiftungsprofessur, gesponsert vom Bremer Rüstungsunternehmen OHB-System AG, klammheimlich mit einem Professor aus Konstanz besetzt. An der Universität wurden zwischen 2003 und 2011 mindestens zwölf Forschungsprojekte mit eindeutigem Rüstungsbezug durchgeführt, über die Auskünfte zu Inhalt, Volumen und Auftraggebern verweigert wurden. Auch an der Hochschule gab es 2006/2007 unter anderem eine Zusammenarbeit mit der Rheinmetall Defence Electronics GmbH, bei der im Projekt »Argus« an der Entwicklung einer »maritimen Flugdrohne« gearbeitet wurde.

Sönke Hundt, Bremen